

## Meilensteine der Schweizer Abfallwirtschaft

- **<1950:**  *Unkontrollierte Deponien*  
Abfälle wurden unkontrolliert entsorgt, was zu Umweltverschmutzung und gesundheitlichen Problemen führte.
- **1950er–1970er:**  *Einführung von Abfallverbrennungsanlagen*  
Erste Anlagen wurden gebaut, um Platz zu sparen und Abfälle kontrolliert zu entsorgen.
- **1980er:**  *Strenge Umweltgesetze*  
Einführung des Umweltschutzgesetzes (1983) und Rauchgasfilter in Verbrennungsanlagen.
- **1990er:**  *Einführung von Recycling*  
Systematisches Recycling von Glas, Papier und PET wurde eingeführt.
- **2000:**  *Verbot der Ablagerung brennbarer Abfälle*  
Ablagerung unbehandelter brennbarer Abfälle auf Deponien wurde verboten.
- **2010er:**  *Ausbau der Kreislaufwirtschaft*  
Fokus auf Wiederverwendung, Recycling und Design für die Kreislaufwirtschaft.
- **2020er:**  *Vision der Kreislaufwirtschaft und Netto-Null 2050*  
Netto-Null Ziel mit KVA als CO<sub>2</sub>-Senke und Integration von Kreislaufwirtschaft in Umweltschutzgesetz.

Erster Anlauf für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft..

2011: Volksinitiative  
Grüne Wirtschaft

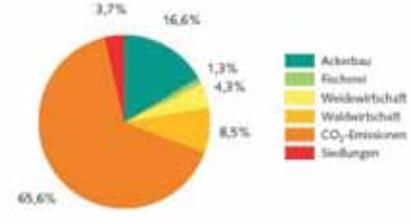
2014:  
Gegenvorschlag  
Grüne Wirtschaft



### ES GEHT UM UMWELTBELASTUNG

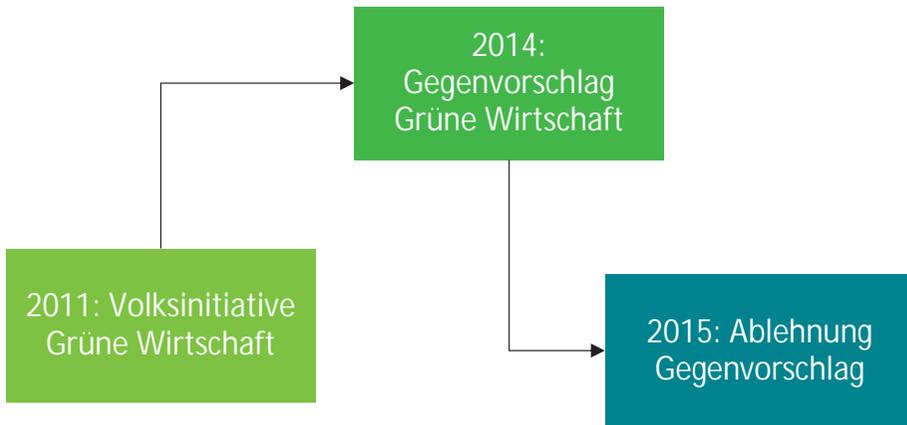


Zusammensetzung des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz, 2011



Quelle: Global Footprint Network © WFS, Neuchâtel 2016

# Erster Anlauf für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft..



AKTUELL THEMEN ORGAN

## «Grüne Wirtschaft» – Das Parlament sagt NEIN zum Freipass für Bürokratie

**BL00** 03.12.2015 - Der Nationalrat hat es bereits in der Herbstsession getan, heute ist ihm der Ständerat gefolgt: Er hat zur richtigen Zeit den Stopp-Knopf gedrückt und den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» begraben. Zu Recht – denn die umstrittene Vorlage hätte vor allem eines gebracht: Neue umfassende Bundeskompetenzen, «Futter» für das Bürokratiemonster und Massnahmen, die viel Aufwand verursachen und der Umwelt dabei wenig bringen.

Das Signal des Parlaments ist deutlich: Anstatt dem Staat die «Ressourcenhoheit» zu übertragen, soll die Schweiz in Sachen Umweltschutz weiterhin den erfolgreichen Weg von heute weitergehen.

Dieser Weg hat sich bewährt. Kein Land schafft es, Nachhaltigkeit und Wachstum so gut zu vereinen. Kein Land setzt vergleichsweise hohe Benchmarks im Bereich Recycling und Kreislaufwirtschaft. Die Unternehmen entwickeln tagtäglich neue Rezepte, sei es im Bereich innovatives Bauen, in der industriellen Produktion, in der Mobilität, in der Energieerzeugung oder im Klima- und Umweltschutz.

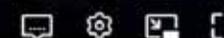
Die Schweiz erzielt zudem in ihrer Rolle als globaler Lieferant von Innovation und Spitzentechnologien zusätzlich eine enorme Hebelwirkung. So wird beispielsweise allein durch den Einsatz von Spitzentechnologien von ABB weltweit jährlich die Strommenge vom Verbrauch von insgesamt 40 Millionen europäischen Haushalten eingespart. Schweizer Unternehmen schaffen so Arbeitsplätze im In- und Ausland, exportieren dabei hohe Umwelt- und Sozialstandards und tragen so auch zu einem «gesunden» Wachstum im Ausland bei. Ganz ohne Zutun des Staates.

**«Ein grünes Korsett, das Konsumentinnen und Konsumenten sowie Unternehmen bevormundet, werden wir entschieden bekämpfen.»**

< Startseite



▶ 🔊 15:16 / 1:17:01



Startseite > Politik > Arena

## Abstimmungs-Arena: Initiative Grüne Wirtschaft

Einen ökologischen Fussabdruck von einer Erde; Das fordert die Initiative «Grüne Wirtschaft». Und: Das Ziel soll bis 2050 erreicht sein. Zu schnell und zu viel, monieren die Gegner. Ausserdem leisteten die Wirtschaft und die Schweiz heute schon gute Arbeit in Sachen Umweltschutz.

Weitere Links aus der Sendung





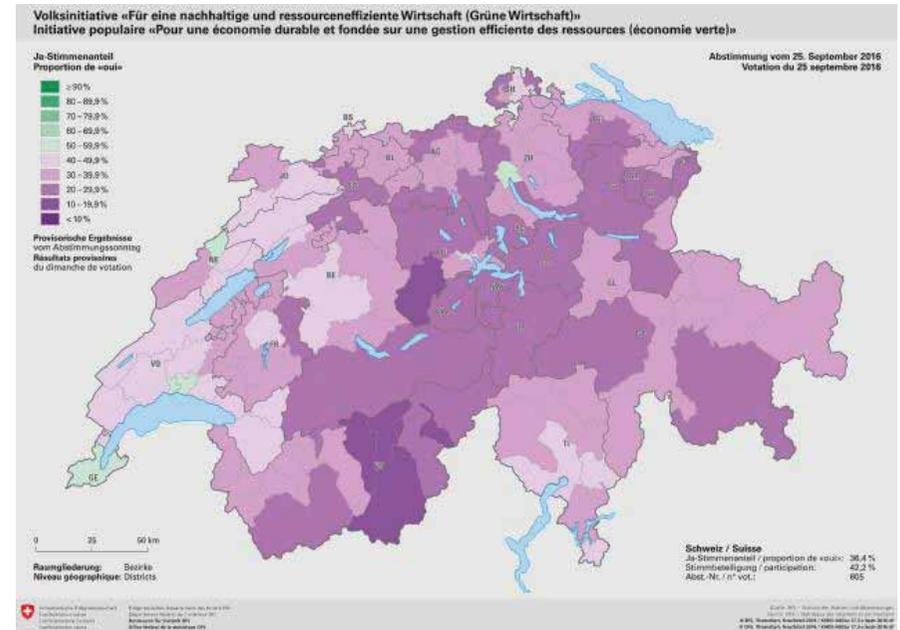
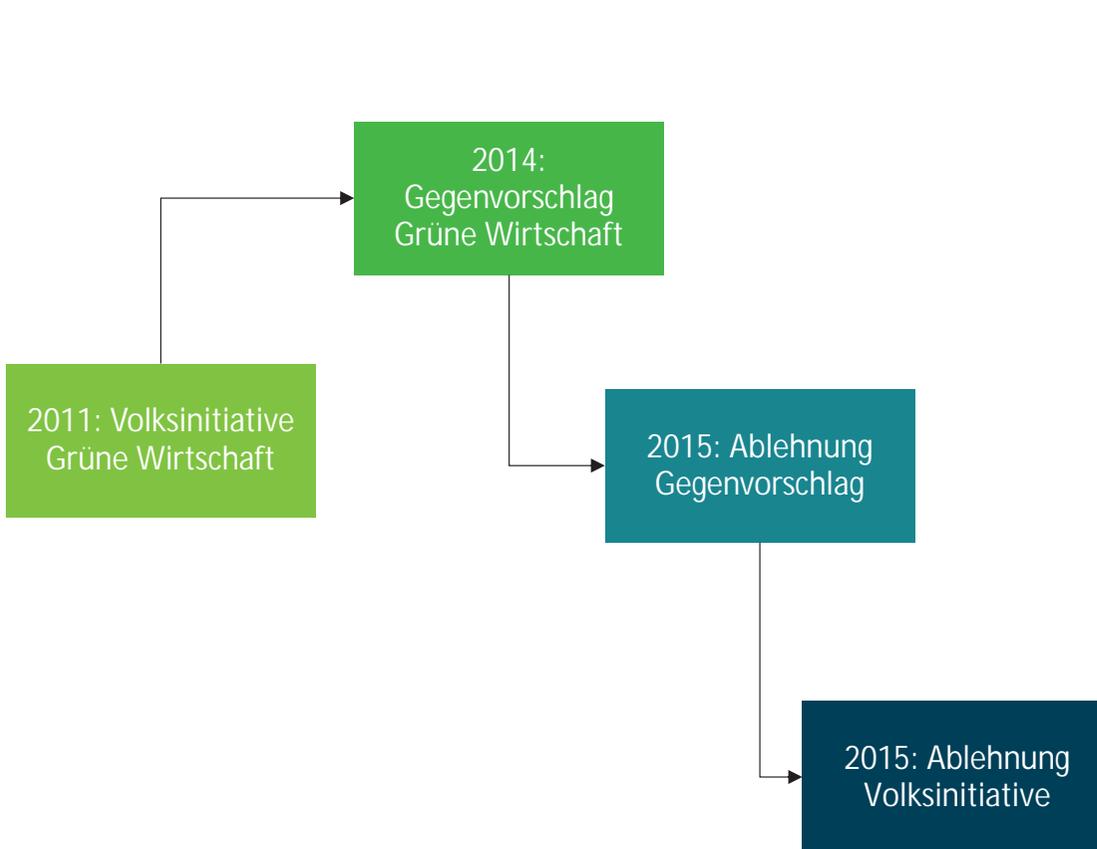
**JA ZUR GRÜNEN WIRTSCHAFT**

PRÄSENTATION VON BASTIEN GIROD

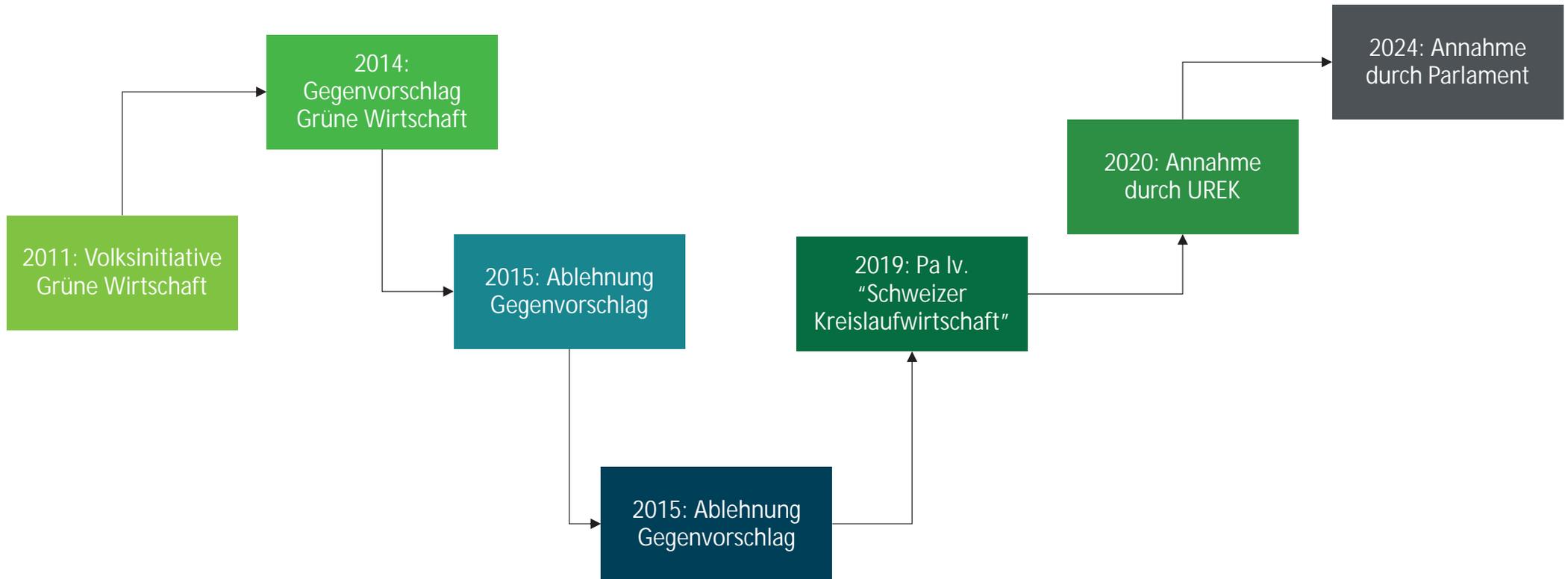
Wie geht die Volksinitiative 'Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)' diese Probleme an?



# Erster Anlauf für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft ist gescheitert



Erst der zweite Anlauf für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft hatte Erfolg. Wieso?



PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - GMÜR ALOIS

**19.451** Schweizer Kreislaufwirtschaft weiterführen. Sammlung und Recycling statt Abfallberge

Bei Verpackungen, die nach Artikel 30d Absatz 4 des Umweltschutzgesetzes verwertet werden müssen, schreibt der Bundesrat Sammelpflichten vor, wenn dies notwendig ist, um...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - GIROD BASTIEN

**19.450** Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken. Ressourceneffizienz im Umweltschutzgesetz aufnehmen

Das Umweltschutzgesetz (USG) wird wie folgt geändert:Art. 10h Abs. 1Bund und Ihrer Zuständigkeit die Kantone sorgen für die Schonung der natürlichen Resso...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - GRUNDER HANS

**19.449** Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken. Plattform für Schweizer Ressourceneffizienz

Das Umweltschutzgesetz (USG) wird wie folgt geändert:Art. 10hin Rahmen der Förderung der Schweizer Kreislaufwirtschaft betreibt der Bund eine Plattform. Er arbeitet dabei mit...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - JANS BEAT

**19.448** Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken. Effizienzsteigerung bei Abfallanlagen und bei der Verwertung von Abfällen

Das Umweltschutzgesetz ist mit folgendem Artikel zu ergänzen:Art. 30d VerwertungBesteht die Pflicht zur stofflichen Verwertung nicht, so müssen die brennbaren Anteile der Abfälle...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - THORENS GOUHAZ ADÈLE

**19.447** Die Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken. Mehr Wiederverwertung von Abfällen

Das Umweltschutzgesetz (USG) wird wie folgt geändert:Art. 30d VerwertungAbs. 1Abfälle müssen stofflich verwertet werden, wenn dies technisch möglich und wirtschaftlich tragbar...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - BÄUMLE MARTIN

**19.446** Schweizer Kreislaufwirtschaft weiterführen. Sammlung und Recycling statt Abfallberge

Das Umweltschutzgesetz wird wie folgt geändert:Art. 41a...Abs. 25Ile können in Abstimmung mit den betroffenen Branchen Branchenvereinbarungen durch die Vorgaben...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - MÜLLER-ALTERMATT STEFAN

**19.445** Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken. Umweltbelastung im Ausland berücksichtigen

Das Umweltschutzgesetz (USG) wird wie folgt geändert:Art. 10h Abs. 1Bund und im Rahmen Ihrer Zuständigkeit die Kantone sorgen für die Schonung der natürlichen Ressourcen...

Stand: Erledigt

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE - CLIVAZ CHRISTOPHE

**19.309** Kreislaufwirtschaft in der Schweiz fördern, Verankerung Ressourcennutzung im Umweltschutzgesetz

Das Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) wird wie folgt ergl Absatz 1Der Bund und, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit, die Kantone

Stand: Erledigt

**20.433** PARLAMENTARISCHE INITIATIVE

## Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken

Eingereicht von: KOMMISSION FÜR UMWELT, RAUMPLANUNG UND ENERGIE NR

Berichterstattung: CLIVAZ CHRISTOPHE, JAUSLIN MATTHIAS SAMUEL, MÜLLER DAMIAN

Einreichungsdatum: 19.05.2020

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratungen: Erledigt

### CHRONOLOGIE

- 18.05.2020** KOMMISSION FÜR UMWELT, RAUMPLANUNG UND ENERGIE NR Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten
- 22.06.2020** KOMMISSION FÜR UMWELT, RAUMPLANUNG UND ENERGIE SR Zustimmung
- 17.06.2022** NATIONALRAT Fristverlängerung
- 17.06.2022** NATIONALRAT Bis zur Sommersession 2024.

### ENTWURF 1

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)

BSI 2023 14

- 03.05.2023** NATIONALRAT Beschluss abweichend vom Entwurf
- 07.12.2023** STÄNDERAT Abweichung
- 26.02.2024** NATIONALRAT Abweichung
- 29.02.2024** STÄNDERAT Zustimmung
- 13.03.2024** NATIONALRAT Beschluss gemäss Antrag der Redaktionskommission
- 14.03.2024** STÄNDERAT Beschluss gemäss Antrag der Redaktionskommission
- 15.03.2024** NATIONALRAT Annahme in der Schlussabstimmung
- 15.03.2024** STÄNDERAT Annahme in der Schlussabstimmung

Stand der Beratungen: Erledigt

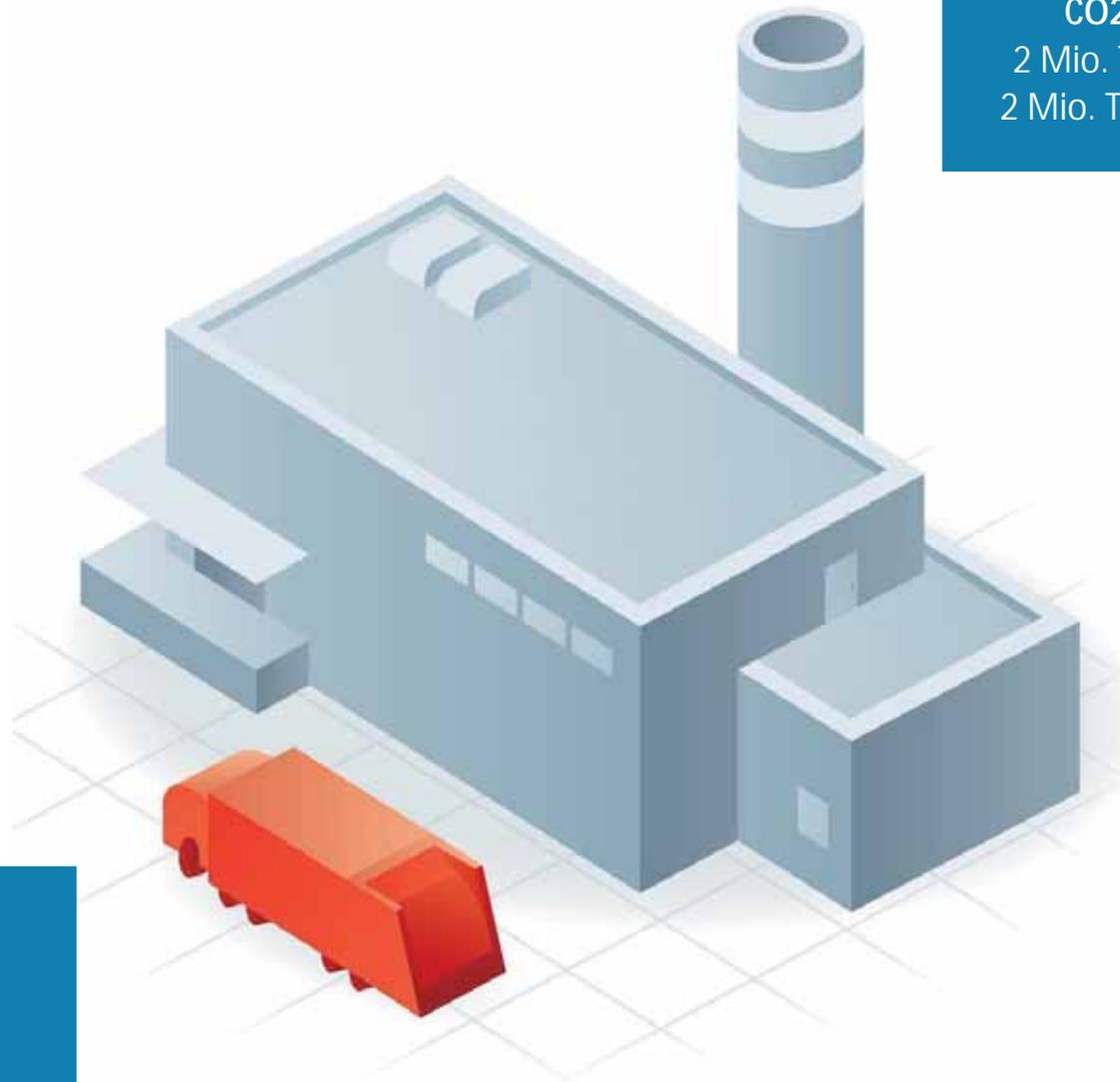
Schlussabstimmungstext: BSI 2024 682

Referendumfrist: 04.07.2024

## Nächster Meilensteine der Schweizer Abfallwirtschaft

- **<1950:**  *Unkontrollierte Deponien*  
Abfälle wurden unkontrolliert entsorgt, was zu Umweltverschmutzung und gesundheitlichen Problemen führte.
- **1950er–1970er:**  *Einführung von Abfallverbrennungsanlagen*  
Erste Anlagen wurden gebaut, um Platz zu sparen und Abfälle kontrolliert zu entsorgen.
- **1990er:**  *Einführung von Recycling*  
Systematisches Recycling von Glas, Papier und PET wurde eingeführt.
- **2020er:**  *Vision der Kreislaufwirtschaft und Netto-Null 2050*  
Netto-Null Ziel mit KVA als CO<sub>2</sub>-Senke und Integration von Kreislaufwirtschaft in Umweltschutzgesetz.
- **Schrittweise Ausrüstung von KVA mit CO<sub>2</sub> Abtrennung und Lagerung**

Stoffumsatz pro Jahr:



**CO2 Austoss:**  
2 Mio. Tonnen fossil  
2 Mio. Tonnen biogen

**Metall Recycling:**  
80'000 Tonnen Metalle  
Davon 40... kg Gold

**Schlacke:**  
700'000 Tonnen (TS)

**Entsorgter Abfall:**  
4 Mio. Tonnen

Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub>

Eingereicht von:	KOMMISSION FÜR UMWELT, RAUMPLANUNG UND ENERGIE SR
Berichterstattung:	MÜLLER DAMIAN
Einreichungsdatum:	11.10.2024
Eingereicht im:	Ständerat
Stand der Beratungen:	Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor

## ALLES ZUKLAPPEN

## EINGEREICHTER TEXT

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Rahmengesetzgebung für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub> auszuarbeiten und dem Parlament im Rahmen der Ausgestaltung der Klimapolitik nach 2030 zu unterbreiten. Die Rahmengesetzgebung soll insbesondere harmonisierte Regelungen für den Ausbau von CO<sub>2</sub>-Pipelines und CO<sub>2</sub>-Untergrundspeichern, Finanzierungslösungen und Regelungen zur Vereinfachung und Harmonisierung der Bewilligungsverfahren beinhalten.

## BEGRÜNDUNG

Nach Art. 11 Abs. 1 Bst. b des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) muss der Bundesrat dem Parlament rechtzeitig einen Vorschlag zur Ausgestaltung der Klimapolitik für die Periode 2031 bis 2040 unterbreiten. Die Abscheidung, der Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub> sind Schlüsseltechnologien zur Erreichung des Netto-Null-Ziels und sollen umfassend in die Anträge des Bundesrates einfließen. Dabei sind die bestehenden verfassungsmässigen Kompetenzen zu wahren. Das Rahmengesetz soll insbesondere folgende Elemente enthalten:

- Regelungen über die baulichen, technischen und betrieblichen Anforderungen von CO<sub>2</sub>-Rohrleitungen, über die Planung der Rohrleitungsanlagen und über den Verkehr mit CO<sub>2</sub> als Abfall sowie dessen Ein-, Aus- und Durchfuhr;
- Regelungen über die baulichen und technischen Anforderungen an CO<sub>2</sub>-Speicher und über die Bedarfs- und Standortplanung solcher Speicher;
- Regelungen für die Lagerung zwecks Entsorgung von CO<sub>2</sub> im tiefen Untergrund sowie Anforderungen an die Kontrolle, Überwachung und Nachsorgeverfahren;
- Regelungen zu Finanzhilfen (inkl. Absicherungsinstrumente), allenfalls verbunden mit Regelungen aus dem CO<sub>2</sub>-Gesetz;
- Regelungen zur Vereinfachung und Harmonisierung der Bewilligungsverfahren in den Kantonen.

Dabei ist die heutige Bodennutzung, insbesondere im Agrarbereich, in der Trinkwassergewinnung und bei der Kiesgewinnung, zu berücksichtigen.

## STELLUNGNAHME DES BUNDESRAATES VOM 27.11.2024

Der Bundesrat anerkennt die Notwendigkeit von Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub>, wie er in seinem Bericht vom 18. Mai 2022 «CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung (CCS) und Negativemissionstechnologien (NET) – wie sie schrittweise zum langfristigen Klimaziel beitragen können» ausgeführt hat. Dabei strebt er, wie im Bericht dargelegt, für den Aufbau dieser Infrastruktur möglichst verursachergerechte Finanzierungslösungen an.

## ANTRAG DES BUNDESRAATES VOM 27.11.2024

Annahme

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Rahmengesetzgebung für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub> auszuarbeiten und dem Parlament im Rahmen der Ausgestaltung der Klimapolitik nach 2030 zu unterbreiten. Die Rahmengesetzgebung soll insbesondere harmonisierte Regelungen für den Ausbau von CO<sub>2</sub>-Pipelines und CO<sub>2</sub>-Untergrundspeichern, Finanzierungslösungen und Regelungen zur Vereinfachung und Harmonisierung der Bewilligungsverfahren beinhalten.

## BEGRÜNDUNG

Nach Art. 11 Abs. 1 Bst. b des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) muss der Bundesrat dem Parlament rechtzeitig einen Vorschlag zur Ausgestaltung der Klimapolitik für die Periode 2031 bis 2040 unterbreiten. Die Abscheidung, der Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub> sind Schlüsseltechnologien zur Erreichung des Netto-Null-Ziels und sollen umfassend in die Anträge des Bundesrates einfließen. Dabei sind die bestehenden verfassungsmässigen Kompetenzen zu wahren. Das Rahmengesetz soll insbesondere folgende Elemente enthalten:

- Regelungen über die baulichen, technischen und betrieblichen Anforderungen von CO<sub>2</sub>-Rohrleitungen, über die Planung der Rohrleitungsanlagen und über den Verkehr mit CO<sub>2</sub> als Abfall sowie dessen Ein-, Aus- und Durchfuhr;
- Regelungen über die baulichen und technischen Anforderungen an CO<sub>2</sub>-Speicher und über die Bedarfs- und Standortplanung solcher Speicher;
- Regelungen für die Lagerung zwecks Entsorgung von CO<sub>2</sub> im tiefen Untergrund sowie Anforderungen an die Kontrolle, Überwachung und Nachsorgeverfahren;
- Regelungen zu Finanzhilfen (inkl. Absicherungsinstrumente), allenfalls verbunden mit Regelungen aus dem CO<sub>2</sub>-Gesetz;
- Regelungen zur Vereinfachung und Harmonisierung der Bewilligungsverfahren in den Kantonen.

Dabei ist die heutige Bodennutzung, insbesondere im Agrarbereich, in der Trinkwassergewinnung und bei der Kiesgewinnung, zu berücksichtigen.

Erster Anlauf für Abscheidung, Transport und Speicherung von CO2...

2024: Abscheidung,  
Transport und  
Speicherung von CO2